

4348/J XXI.GP

Eingelangt am: 19.09.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend ÖIAG - VA Tech im Zusammenhang mit dem geplanten Ilisu-Staudamm-Projekt

Der VA Tech-Konzern ist aus den verschiedenen Industrieanlagebau-Unternehmen der vormals verstaatlichten Industrie hervorgegangen. Eine der fünf Unternehmensbereiche ist die VA Tech Hydro, die sowohl Wasserkraftwerke als Gas-Kombikraftwerke baut. Die VA Tech Hydro besitzt auch die Schweizer Sulzer AG, die wiederum die Leitung im Ilisu-Baukonsortium inne hat. Im Unternehmensbereich VA Tech Hydro sind rund 3000 Mitarbeiter beschäftigt. Der Umsatz dieser Sparte betrug im Jahr 2000 738 Millionen Euro. Die staatliche ÖIAG hält insgesamt fast ein Drittel - nämlich 31,2 % - an der VA Tech; 24 % direkt und den Rest via der Voest-Alpine, an der die ÖIAG mit 37,8 % beteiligt ist.

Mit dem geplanten Ilisu-Staudamm soll der Tigris nur 65 Kilometer vor der syrischen und irakischen Grenze in Ostanatolien aufgestaut werden. Der Damm selbst soll 138 Meter hoch sein und einen Stausee mit einer Größe von 300 Quadratkilometern bilden. Widerstand gegen dieses Projekt gibt es sowohl in der Türkei selbst, als auch international, da die Folgen in vielerlei Hinsicht katastrophal wären:

- Umweltauswirkungen: Es wurde nicht ausreichend Sorge getragen, dass die Wasserqualität des Tigris-Flusses erhalten bleibt.
- Völkerrechtliche Auswirkungen: Durch das Projekt wird völkerrechtswidrig Wasser den flussabwärts gelegenen Ländern Syrien und dem Irak entzogen, was dort wiederum katastrophale Konsequenzen hätte. Es gibt kein internationales Abkommen, der Ilisu-Damm wäre also eine permanente Quelle für zwischenstaatliche Spannungen und Auseinandersetzungen.
- Menschenrechtsauswirkungen: 52 Dörfer und 15 Kleinstädte müssten dem Ilisu-Projekt weichen. Bis zu 78.000 Menschen - hauptsächlich Kurdinnen - wären davon betroffen.
- Kulturelle Auswirkungen: Mit der Stadt Hasankeyf würde ein einmalige Kulturdenkmal überflutet werden. Hasankeyf gilt als einzige Stadt Anatoliens, die seit dem Mittelalter vollständig erhalten ist und wurde deshalb auch 1978 unter Denkmalschutz gestellt.

Aufgrund des Drucks vieler NGOs zogen sich immer mehr Baufirmen aus dem Projekt zurück. Im Jahr 2000 waren dies die Schweizer ABB und die schwedische Skanska. 2001 folgten die Unternehmen Balfour Beatty (Großbritannien) und Impreglio (Italien). Diese Firmen hatte offensichtlich die Zeichen der Zeit erkannt. Am 27. Februar 2002 gab schließlich die Schweizer Großbank UBS bekannt, ihr Beratungsmandat für das Ilisu-Projekt zu beenden. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war laut UBS, dass *“bis heute keine abschließende Festlegung der flankierenden Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen und ökologischen Auswirkungen des Projekts erfolgt sei”*¹. Die Bank hat sich also den Argumenten der Projektkritikerinnen angeschlossen. Nur noch zwei ausländische Firmen halten an dem Ilisu-Projekt fest: die französische Aistom und die österreichische VA Tech.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Berücksichtigt die ÖIAG als Hauptaktionär der VA Tech die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Projekten, an denen die VA Tech arbeitet? Wie beurteilen ÖIAG und Finanzministerium diesen Aspekt beim Ilisu-Projekt?
2. Inwiefern berücksichtigt die ÖIAG als Hauptaktionär der VA Tech, ob Projekte, an denen die VA Tech arbeitet, völkerrechtlich umstritten sind und zu regionalen bewaffneten Konflikten führen können? Wie beurteilen ÖIAG und Finanzministerium diesen Aspekt beim Ilisu-Projekt?
3. Sind der ÖIAG (und damit dem Finanzministerium) andere VA Tech-Projekte bekannt, die - ähnlich wie Ilisu - aus Umwelt-, Menschenrechts-, Völkerrecht- oder ähnlichen Gründen - umstritten sind?
4. Die ÖIAG vertritt nach eigenen Angaben die Politik, dass ÖIAG-Unternehmen eine Wertsteigerung erfahren sollten. Eine solche Wertsteigerung wäre für die VA Tech u.a. durch die Aufnahme in Nachhaltigkeitsaktien-Fonds möglich. Wie beurteilen ÖIAG und Finanzministerium die Möglichkeit, dass die VA Tech wegen solch umstrittener Projekte wie Ilisu nicht in solche Fonds aufgenommen wird? Wie beurteilen ÖIAG und Finanzministerium die Konsequenzen einer derartigen Entscheidung für die VA-Tech?